



Öl-Boom im Golf von Guinea

Rudolf Traub-Merz

Oktober 2003

Seit Lobby-Gruppen und US-Politiker Rohöl im Golf von Guinea ins Visier genommen haben und dem wichtigsten Rohstoff der Region gar den Rang strategischer Bedeutung zumessen, blicken Viele verwundert und mit stärkerem Interesse nach Westafrika. Die anhaltende Instabilität im Irak gibt die Analyserichtung vor: Diversifizierung der Energieversorgung, um Abhängigkeiten vom Persischen Golf abzubauen. Für das wirtschaftlich gebeutelte Afrika zieht am Horizont wieder ein Silberstreif auf. Während überall von schwindendem Investoreninteresse die Rede ist, sprudeln am Golf von Guinea Ausgaben für Schürfrechte und Förderplattformen. Von 50 Mrd. US-\$ ist die Rede, die innerhalb der nächsten zehn Jahre in diese Region fließen werden. Im Oktober erst wurde eine 1000 km lange Pipeline eingeweiht, die den Tschad zu einem Ölexportland macht.

I. Geostrategische Bedeutung des Golf von Guinea

Ein Vergleich des Golfs von Guinea mit den OPEC-Ländern am Persischen Golf ernüchert zunächst. In Westafrika werden z.Zt. nur 4% des Weltöls gefördert – ähnlich hoch (3,3%) liegt der Anteil an den nachgewiesenen weltweiten Reserven. Der Persische Golf kontrolliert dagegen 21% des aktuellen Marktes und - weit wichtiger - über 65% der gesamten, gegenwärtig bekannten Vorräte. Es sind zuallererst Saudi Arabien, Irak, Kuwait und der Iran, die in den kommenden Jahrzehnten Marktgewicht gewinnen und einem großen Öl-Boom entgegen blicken.

Untersuchungen zu Weltreserven, Fördermengen und regionalen Versorgungsabhängigkeiten bringen dennoch interessante Trends zum Vorschein. Die Selbstversorgung in Europa und der USA ist rückläufig, die Lager in der Nordsee, in Alaska und im Golf von Mexiko schwinden rasch. Gleichzeitig konzentrieren sich die Angebotsmärkte. Bleibt Ölschiefer (vor allem in Kanada) außer Betracht, können im nächsten Jahrzehnt neben dem Persischen Golf nur noch der Golf von Guinea und die kaspische Region ihre Lieferungen hochfahren. Damit entstehen neue Abhängigkeiten. Langfristig sind effizientere Energienutzung und Ausweichen auf erneuerbare Energien von Bedeutung - kurz- und mittelfristig, für einen Zeitraum von etwa einer Dekade, ist eine Diversifizierung in

Richtung Golf von Guinea oder kaspisches Meer eine erwägenswerte Strategie.

Mehrere Faktoren rücken westafrikanisches Öl ins Visier US-amerikanischer Strategien. In den letzten Jahren wurde im Golf von Guinea über die Hälfte der Tiefseebohrungen fündig, eine einmalig hohe Trefferquote. Nicht wenige Ölfachleute sagen schon deswegen weitaus höhere Reserven voraus und rechnen Westafrika für die nächsten Dekaden einen deutlich höheren Marktanteil zu.

Die Förderung erfolgt mit Ausnahme des Tschad-Beckens und des Nigerdeltas fast ausschließlich off-shore, das Öl weist geringe Verunreinigungen auf. Die Vorkommen im Atlantik machen es vor allem für den amerikanischen Markt attraktiv. Im Gegensatz zum OPEC-Golf, in dem staatliche Gesellschaften das Fördergeschäft übernommen haben und westliche Firmen erst bei der Vermarktung auftreten, ist die Gewinnung in Westafrika fest in ausländischer Hand. Und hier befinden sich seit Jahren US-amerikanische Konzerne gegenüber BP, Shell und Total auf dem Vormarsch. Die europäischen Firmen haben die (koloniale bzw. postkoloniale) Unterstützung der Politik verloren, ChevronTexaco, ExxonMobil und andere können für die Tiefseeförderung bis 2500 Meter auf erprobte Hochtechnologien aus dem Golf von Mexiko zurückgreifen.

Hinzu kommen Sicherheitsüberlegungen. Schon einmal hat das OPEC-Kartell mit politisch motivierten Preisrunden in den 70er Jahren weltwirtschaftliche Verteilungsrationen durcheinander gewirbelt - und für viele Länder die Verschuldungsspirale erst ausgelöst. Zwar bekam das Kartell ab 1982 seine Rechnung, brach 1986 de facto auseinander und gewann erst Ende der 90er Jahre wieder Einfluss. Trotz des 2000 gegebenen OPEC-Versprechens, den Ölpreis mit einer nur noch wirtschaftlich begründeten Mengensteuerung im Preisband von 22-28 US-\$ zu halten, greifen seit dem 11. September

wieder Spekulationen um sich, die bei zunehmender Marktmacht einen Rückfall in frühere Kartellpraktiken für wahrscheinlich halten. Der Golf von Guinea ist mit Ausnahme Nigerias OPEC-frei - und bisher einer aggressiven Preis- oder Mengenpolitik völlig unverdächtig.

Tatsächlich sind die Lieferbeziehungen auf den Rohöl-Märkten schon längst regionalisiert. Der Persische Golf verkauft bereits 60% seines Öls nach Ost- und Südostasien, ein Trend, der durch das energiehungrige China weiter verstärkt werden dürfte. Die frühere Sowjetunion (78%) und Nordafrika (72%) liefern vor allem nach Europa, während Lateinamerika (79%) die USA versorgt. Nur Westafrika hat eine breit diversifizierte Kundschaft. Sollten die USA ihren derzeitigen Importanteil aus dem Golf von Guinea von rund 12% auf die avisierten 25% erhöhen, hätte auch Westafrika einen Hauptabnehmer, würden Öltanker überwiegend die transatlantische Route ansteuern.

II. Von großen, kleinen und neuen Ölstaaten

Die Küstenstaaten des Atlantik lassen sich in vier Gruppen einordnen. Nigeria und Angola werden ihre Förderung bis 2010 voraussichtlich verdoppeln und mit einem Anteil von 50% bzw. 25% die großen Öllieferanten im sub-Saharischen Afrika bleiben. Kamerun und Gabun konnten ihre Reserven bisher nicht aufstocken - sie müssen sich auf eine Zeit mit deutlich niedrigeren Renten einstellen. Ersetzt werden sie durch Äquatorial-Guinea, den Tschad und den Inselstaat Sao Tomé und Príncipe. Äquatorial-Guinea fördert seit 1992, die Pumpen im Tschad sind eben angeworfen worden und Sao Tomé und Príncipe erwartet den ersten Ölausstoß 2005. Andere Ländern entlang der Atlantikküste intensivieren ihre Suche. Mauretanien, Senegal und die Elfenbeinküste - letztere fördert bereits kleinere Mengen - hoffen genauso auf einen baldigen

Dollarregen wie Namibia und Südafrika. Die Zeichen stehen gut, dass die Prognosen mehrerer Länder bald nach oben korrigiert werden.

III. Öl und Entwicklung: Ein Blick zurück

Petrodollars haben nicht nur in Afrika bisher wenig zur wirtschaftlichen und so-

Abhängigkeit aller Wirtschaftssektoren vom Öl. Branchen dann die Weltmarktpreise für Erdöl ein, wie ab 1982 geschehen, fielen die Pro-Kopf-Einkommen weit unter das Niveau zu Beginn der Öl-Bonanza. Am Ende des Ölbooms stand die Verarmung.

Ähnliche Fehlentwicklungen lassen sich für die politischen Systeme feststellen. Mit Ausnahme von Sao Tomé und Principe

Golf von Guinea – Ölproduktion 2000 – 2010
(Mio. Faß je Tag)

	2000	2005	2010	Freedom House Index: 2003 Political Rights
Nigeria	2,00	3,00	3,50	Partly free
Angola	0,76	1,45	1,80	Not free
Kongo-Brazzaville	0,27	0,30	0,30	Partly Free
Gabun	0,26	0,25	0,20	Partly Free
Äquatorial Guinea	0,13	0,30	0,30	Not Free
Kamerun	0,12	0,07	0,05	Not Free
Tschad	0	0,20	0,25	Not Free
Andere	0,03	0,05	0,10	N.A.
Total	3,57	5,62	6,50	
Anteil Weltproduktion	4,8%	6,8%	7,3%	

Quelle: IEA, World Energy Outlook 2001.

zialen Entwicklung beigetragen. In den meisten Ländern ruinierte das schwarze Gold die produktiven Grundlagen der Wirtschaft. Hohe Deviseneinnahmen führten zur Aufwertung nationaler Währungen oder heizten die Inflation an. Es bildete sich ein Importsog, dem Landwirtschaft, Handwerk und Industrie gleichermaßen zum Opfer fielen. Ein Land wie Nigeria nahm mit Exporterzeugnissen wie Baumwolle, Erdnüsse, Palmöl und Kakao bis zum Beginn des ersten Ölbooms in den 70er Jahren eine führende Rolle ein. Innerhalb weniger Jahre verschwanden sie aus den Ausfuhrlisten, übernahmen Weizen- und Reisimporte die Nahrungsmittelversorgung für die städtische Bevölkerung. Dieser Verdrängungswettbewerb durch Importkonkurrenz, aus Renten finanziert und im Fachjargon als ‚Dutch disease‘ bezeichnet, endete meist mit einer völligen

werden alle Länder im Golf von Guinea autokratisch regiert, ist ihre politische Geschichte vorwiegend durch Putschversuche, Militärregimes oder lebenslänglich inthronisierte Präsidenten bestimmt. Drei Länder (Nigeria, Angola und Kongo-Brazzaville) wurden bereits in von Öl angefachte Bürgerkriege gerissen. Seit der flüssige Rohstoff im Tschad sprudelt, droht er dort den Bürgerkrieg wieder anzuzünden. Angola hat nach dem Friedensschluss mit UNITA nun den Konflikt um die Enklave Cabinda zu entschärfen und im Niger-Delta greifen bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen wieder um sich.

Der Griff in die Ölkassen ist immer auch ein Motiv der gewaltsamen Konflikte um politische Macht. Angola, Kamerun und Nigeria, die einzigen Golf-Länder, die im

Korruptionsindex von 'Transparency International' berücksichtigt sind, stehen seit Jahren in den 'Top 10'. Die Weltbank schätzt für Angola die jährlichen Verluste durch Korruption auf US-\$ 1 Mrd.. Eine Untersuchung in Nigeria wies nach, dass die gesamten US-\$5 Mrd. 'windfall profits' aus dem Irak-Kuwait-Krieg an der Zentralbank vorbei auf illegale Konten geflossen sind. Kamerun zahlte früher Öldesigen am Staatshaushalt vorbei auf offshore-Konten ein, um die Ökonomie nicht zu überhitzen. Bei einer späteren Kontenüberprüfung waren viele Gelder verschwunden.

Probleme und Versuchungen, mit denen vor allem kleine Gesellschaften mit hohem Rohstoffvorkommen konfrontiert werden, lassen sich drastisch am Beispiel Sao Tomé und Príncipe verdeutlichen. Würden die nachgewiesenen Ölreserven zum heutigen Weltmarktpreis gleichmäßig ausgeschüttet, erhielte jeder Einwohner in den nächsten 20 Jahren etwa US-\$1 Mio. - aus einem Land, in dem mehr als 60% der Bevölkerung derzeit unterhalb der Armutsgrenze lebt, würde eine reine Rentiersklasse. Kaum waren aber die Ölfunde bekannt, versuchten auch schon Militärs den Griff nach der politischen Macht. Mit internationaler Unterstützung, allen voran Nigeria und Angola, wurden die Putschisten in die Kasernen zurückgedrängt. Der winzige Inselstaat bleibt vorläufig die einzige freiheitliche Demokratie der Region.

IV. Ölreichtum und friedliche Entwicklung: Neue Ansätze

Der erneute Ölboom im Golf von Guinea muß keineswegs die gleiche Dynamik lostreten wie sein Vorgänger in den 70er Jahren. In der Region finden sich neue Initiativen, mit denen versucht wird, friedliche Entwicklung mit Rentenreichtum in Einklang zu bringen.

1. Regionalkooperation: Förderländer

Auch wenn im Golf von Guinea bisher nie Kriege zwischen Staaten um Erdöl stattgefunden haben: Vorkommen können überall dort zur Quelle von Territorialkonflikten werden, wo sie grenzüberschreitend oder in Gebieten mit unklaren Grenzverläufen liegen. Dies gilt für Funde im Golf von Guinea allemal, da Volumen und Ausdehnung angesichts hoher Explorationskosten selten genau bestimmbar sind. Die korrekte Lage von Ölfeldern wird meist während der Ausbeutung erfasst.

Erst kürzlich entschied der Internationale Gerichtshof im Streit um Bakassi – tatsächlich handelt es sich um einen nicht geklärten Grenzverlauf zwischen Nigeria und Kamerun vom Tschadsee bis zum Atlantik – zugunsten Kameruns. Im Vorfeld gab es sogar Säbelrasseln und Nigeria hat entgegen ursprünglicher Zusage den Schiedsspruch nicht akzeptiert. Dennoch scheinen beide Seiten eine friedliche Lösung des Konflikts zu suchen. Eine gemeinsame Kommission unter UN-Führung sucht nach Wegen, das Gerichtsurteil umzusetzen.

Zwei neue Initiativen bieten die Chance, ähnlich gelagerte Eigentumskonflikte um Öl schon im Ansatz zu entschärfen. Auf Anregung Nigerias gründeten die Küstenstaaten von Nigeria bis Angola inkl. Sao Tomé und Príncipe die 'Commission of the Gulf of Guinea'. Die Kommission ist ein Forum für Staatsoberhäupter und Fachminister, das sich mit maritimer Umweltverschmutzung, Grenzziehungs- und Sicherheitsproblemen und der Koordination von Fischereiaktivitäten beschäftigen soll. Vorgesehen sind gemeinsame Grenzpatrouillen.

Der Rahmenvertrag bleibt allgemein und Vieles klingt nach Zukunftsmusik. Eine Zusammenarbeit der Förderländer im Rahmen einer solchen Kommission ist aber um so wünschenswerter, als die einzelnen Staaten unterschiedlichen Regionalorgani-

sationen angehören (ECOWAS, CEMAC bzw. SADC) und bisher keinen eigene Institution zur Schlichtung von Streit besitzen. Leider arbeitet die Kommission bisher im Verborgenen. Obwohl vermutlich schon mehrere Treffen stattfanden, ist nichts über Arbeitsweise, Mitgliedschaft oder gar Sitzungsprotokolle an die Öffentlichkeit gedrungen.

Anders verhält es sich mit der ‚Joint Development Zone‘, die Nigeria und Sao Tomé und Príncipe auf ihrem gemeinsamen Grenzgebiet im Golf abgesteckt haben. Der im Februar 2001 unterzeichnete Vertrag regelt die Nutzungsrechte für Ölfunde (Nigeria 60% - Sao Tome 40%), begründet eine gemeinsame Verwaltung und legt Schlichtungsmechanismen fest, die den kleinen Inselstaat zum gleichberechtigten Partner mit seinem großen Nachbarn machen sollen. Gegenseitige Vetorechte sind ebenso vorgesehen wie ein Schiedsverfahren unter Einbindung des Internationalen Gerichtshofs. Man mag darüber spekulieren, ob die ungleiche Teilung der Nutzungsrechte auf Einschüchterungen vor Vertragsunterzeichnung, auf unterschiedliche Küstenlängen oder schlicht auf mehr Expertise zurückzuführen ist, die Nigeria in die Verwaltung der gemeinsamen Zone einbringt und sich als zusätzliche Managementrente auszahlen lässt. Das Abkommen könnte aber Modellcharakter für Fälle mit unklaren Besitzansprüchen bekommen, in denen sich ein kleines Land mit einem größeren einigen muß.

2. Kampagne: ‚Publish-What-You-Pay‘

Aus Untersuchungen von ‚Global Witness‘ zu Schmiergeldzahlungen der Ölindustrie in Angola ging 2002 die Kampagne ‚publish-what-you-pay‘ (PWYP) hervor, der inzwischen rd. 170 NROs aus über 35 Ländern angehören und die in George Soros einen bekannten Unterstützer hat. Gefordert wird die Offenlegung aller Unternehmenszahlungen für Ölverträge –

gefordert wird auch, dass internationale Finanzinstitute, Ausfuhrkreditagenturen und Geberländer diese Offenlegung zur Bedingung für Kredite und Entwicklungshilfe an die Ölstaaten machen.

Eine Reaktion auf PWYP ist die von Tony Blair ins Leben gerufene ‚Extractive Industries Transparency Initiative‘ (EITI) der britischen Regierung, die auf Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung aller Beteiligten setzt. Ob aus einem freiwilligen Vorpreschen einiger Ölfirmen alsbald ein verpflichtender Verhaltenskodex für die gesamte Branche werden könnte, bleibt umstritten. Ölverträge enthalten gewöhnlich vertrauliche Absprachen, deren Preisgabe einen Vertragsbruch darstellt. Auch wenn institutionelle Anleger inzwischen Kampagnen zur Offenlegung aller Zahlungen begrüßen - den Ölfirmen droht Lizenzentzug wenn nicht Rausschmiss aus einem Land, wenn sich die jeweilige Regierung gegen die neue Transparenz stellt.

Die EITI-Initiative ist im Juni 2003 einen Schritt vorangekommen. Aserbeidschan, Ghana, Nigeria, Sierra Leone und Trinidad-Tobago erklärten sich zu einem Pilotversuch bereit. PWYP-Vertreter bemängeln das Fehlen eines verbindlichen Zeitrahmens und die unklaren Vorgaben über zu erbringende Informationen. Wer darf die Daten einsehen? Wie sollen Zahlungen disaggregiert werden? Wie sind Zahlungszweck und Empfänger transparent zu machen? Sollte sich die Kritik bewahrheiten, bleibt wohl nur der gemeinsame Schritt der OECD-Länder, Geldtransaktionen von Ölfirmen auf gesetzlichem Wege offenzulegen.

3. Ölfirmen als Sponsoren für Sozialentwicklung

Im Nigerdelta haben Umweltzerstörung und Verarmung zu einem Ressourcenkrieg geführt, der immer wieder die Förderung stilllegt. Dies hat die Ölfirmen zum Umdenken gezwungen. Shell hat nach

dem weltweiten Protest gegen die Ermordung von Ken Saro-Wiwa und mehrerer Ogoni-Gefolgsleute durch die Abacha-Diktatur Sozialentwicklung zur Konzernaufgabe erklärt und ‚Community Development‘-Programme aufgelegt. Obwohl die jährlichen Ausgaben mittlerweile auf rd. US-\$70 Mio. hochgeschwungen sind, haben sich die Konflikte eher verschärft. Ohne eindeutige Kriterien, wer Nutzniesser sein soll, und ohne legitimes Selektionsverfahren hat es die Konkurrenz kommunaler Gruppen angeheizt und zu einer Eskalation der Gewaltspirale geführt. Rd. US-\$130 Mio. gab Shell 2002 nach eigenen Angaben für sogenanntes ‚Interface Management‘ aus. Darin verstecken sich neben Bewachungskosten für Anlagen auch Lösegelder für gekidnappte Manager und Ausgaben für erzwungene Beschäftigung.

Die negativen Erfahrungen von Shell in Nigeria könnten ChevronTexaco dazu bewegt haben, in Angola einen anderen Weg zu bestreiten. In Absprache mit der angolanischen Regierung scheint der US-Ölmulti zur Finanzierung eines Sozialplans bereit, der von UNDP und internationalen Gebern umgesetzt werden soll. Andere Ölfirmen könnten sich daran orientieren. Selbst Shell scheint im Nigerdelta zurückzurudern, um dem Legitimationsvakuum und seiner Rolle als Ersatzregierung für Sozialpolitik zu entkommen. Soziale Fördermittel, so Shells neuer Ansatz, sollen künftig verstärkt über staatliche Agenturen fließen. Da diese als ineffizient und korrupt gelten, könnte der nächste Schritt ein Anklopfen bei ausländischen Entwicklungshilfeorganisationen sein.

4. Weltbank und Zivilgesellschaft als Haushaltskontrolleure: Der Fall Tschad

Der wohl radikalste Versuch, das Haushaltsgebaren einer Regierung zu kontrollieren und Öleinnahmen in Sozialausgaben zu überführen, läuft derzeit in

einem der ärmsten und korruptesten Länder. Ein Konsortium bestehend aus ExxonMobil(40%), ChevronTexaco (25%) und der malaysischen Petronas (35%) fördert seit wenigen Wochen Öl im Tschad und pumpt es durch eine 1000 km lange Rohrleitung, ohne die das Sahel-Land nicht vermarkten könnte, zum kamerunischen Atlantikhafen Kribi. Shell und Total waren aus dem von Umweltgruppen heftig kritisierten Projekt ausgestiegen.

Die Weltbank nutzt eine 3%-Beteiligung an dem mit US-\$3,7 Mrd. größten Investitionsprojekt im sub-Saharischen Afrika für neuartige Kontrollmechanismen. Mit ihrer Beratung verabschiedete der Tschad 1999 ein Gesetz, das die Verwendung der Öl-Einnahmen von Doba regelt. Von den geschätzten US-\$100 Mio., die über einen Zeitraum von etwa 20 Jahre jährlich in die Staatskassen fließen, werden 10% sofort abgezweigt und in einen Sonderfonds für künftige Generationen eingezahlt. Die in den Staatshaushalt fließenden 90% kommen überwiegend (80%) der Bildung, Gesundheit und ländlichen Entwicklung zu Gute. Für den allgemeinen Verwaltungshaushalt dürfen nur 15% verwendet werden, 5% sind Sondermittel für die Fördergebiete.

Nie dagewesen sind bisher auch die Kontrollen. Das neugegründete ‚Collège de Controle et de Surveillance des Ressources Pétrolières‘ (CCSRP) überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Auflagen und autorisiert die Zahlungen aus dem Petroleumfonds. Dem neunköpfigen Komitee, das mit 2/3-Mehrheit beschließt, gehören vier Vertreter der Zivilgesellschaft an. Die Ölgelder werden in einer speziell dafür eingerichteten Finanzinstitution deponiert und einer regelmäßigen Rechnungsprüfung unterzogen. Mit einem mehrstufigen Kontrollverfahren – dazu gehören eine internationale Beratergruppe, ein Inspektionspanel und eine Bankenaufsicht – will die Weltbank zum Erfolg beitragen.

Das Tschad-Modell überzeugt auf dem Papier, birgt jedoch viele Unwägbarkeiten. Der Tschad ist kein Rechtsstaat und interne Kontrollorgane sind nur so stark, wie sie von außen gestützt werden können. Die Weltbank hat unmissverständlich erklärt, dass sie bei ausbleibender Kooperation der Regierung alle Projekte suspendiert und dies auch von anderen internationalen Gebern einfordert wird. Eine Verpflichtung des Firmen-Konsortiums, ggf. die Förderung zu drosseln, gibt es allerdings nicht. Sollten überdies Bohrungen in anderen Gebieten fündig werden - das Abkommen regelt nur die Ölgeschäfte in Doba - verlieren Weltbankprojekte, internationale Entwicklungshilfe und konditionierte Umschuldungsabkommen ihre Hebelwirkung. Vorläufig jedoch ist die internationale Gemeinschaft gut beraten, in gemeinsamer Anstrengung dem Tschad-Modell zum Erfolg zu verhelfen.

5. Sparkassen für die Zukunft

Der Tschad ist das erste Land im sub-Saharischen Afrika, das einen Teil der Öleinnahmen (10%) Staat und Wirtschaft vorenthält und in off-shore-Konten für künftige Verwendungszwecke einzahlt. Solche Fonds greifen auf Erfahrungen in Norwegen und Alaska zurück und bezwecken die Abschöpfung von Kaufkraft überhalb der Absorptionskapazität (gemessen als Inflationsauftrieb) der Wirtschaft. Sonderkassen dieser Art existieren als kurzfristige Stabilisierungsfonds, um bei volatilen Preisschwankungen auf Exportmärkten Haushaltseinnahmen und -ausgaben zu glätten. Und sie existieren als langfristige Fonds, in denen Reserven für die Zeit nach dem Ölboom angesammelt werden.

Zukunftsfonds sind im ökonomischen Modell erfolgversprechende Instrumente, um wirtschaftliche Aktivitäten eines Staates zu

verstetigen oder Renten, die sonst vorwiegend in den Konsum fließen, in langfristig reife Investitionsbereiche zu leiten. Sie sind politisch schwierig umzusetzen, weil sie das Zugeständnis relevanter Gesellschaftsgruppen voraussetzen, auf Anhebung der Nominaleinkommen zu verzichten und weil in korrupten Staaten selten Kontrollen existieren, die den Missbrauch verhindern. Dennoch lassen sich Bedingungen formulieren, die ein Fonds erfüllen müsste: Eine Anlage bei international kontrollierten Finanzinstituten, die gegen Währungs- und sonstige Kursrisiken gesichert ist und mit klaren Regeln festlegt, wer, zu welchem Zwecke und mit welcher Legitimität Gelder zurückrufen darf. Eine Verpflichtung, auf die nie verzichtet werden sollte: die nationale Öffentlichkeit muß über jeden Schritt informiert werden.

Der Bericht greift Diskussionen der internationalen Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung über „Oil Policy in the Gulf of Guinea: Peace and Security, Economic Growth and Social Development“, Yaounde, 1.-3. Okt. 2003 auf.

Zum Autor:

Dr. Rudolf Traub-Merz ist Referent für westliches Afrika in der Abteilung IEZ der FES.

Ansprechpartner:

Dr. Rudolf Traub-Merz, Tel.: 0228-883 580

Rudolf.Traub@fes.de

Sabine Matambalya,

Tel: 0228-883 577

Sabine.Matambalya@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Referat Afrika

Godesberger Allee 149

53170 Bonn

Fax: 0228-883 623

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**